

Bereits 50 000 Unterschriften für die Initiative gegen Tierversuche



Bild: Klaus Petrus

Für die eidgenössische Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» wurden bereits 50'000 Unter-

schriften gesammelt. Das Initiativkomitee und der Trägerverein IG Tierversuchsverbots-Initiative CH bestehen aus Privatpersonen und sind darum auf breite Unterstützung aus der Bevöl-

kerung angewiesen. Allmählich gelingt es, diese für die Initiative zu mobilisieren. Die Sammelfrist läuft noch bis 3. April 2019. Vor über 20 Jahren wurde zuletzt über Tierversuchsverbote abgestimmt. Der massgebliche Unterschied zu heute besteht darin, dass der wissenschaftliche Wert von patientenorientierten, tierversuchsfreien Ersatzmethoden transparenter ist. Die Initiative profitiert genauso von der Tatsache, dass Tierversuche katastrophal schlechte Voraussagen für die Verhältnisse beim Menschen liefern. Gemäss Komitee gibt es keine Erfolgskontrolle bei den sogenannten «Tiermodellen». Viele Substanzen, die im Tierversuch erfolgversprechend gewesen seien, könnten die Hoffnungen bei der Verabreichung am Menschen nicht erfüllen. Trotzdem würden Tierversuche im Vergleich mit Alternativmethoden immer noch als «Goldstandard» angesehen.

Red.

Weitere Infos: www.tierversuchsverbot.ch

Entwicklungshilfe – zahlt sich nicht aus

Im Norden Ugandas entstehen derzeit die grössten Flüchtlingslager der Welt, fast ein- einhalb Millionen Menschen mussten bisher aus dem Südsudan über die Grenze fliehen. Inzwischen kommen hier auf 1000 Einheimische 12000 Geflüchtete. Doch auch wenn es noch mehr werden sollten – was wahrscheinlich ist –, die ugandische Regierung wird sie nicht wegschicken. Im Gegenteil, gemeinsam mit den Einheimischen und vielen NGOs vor Ort praktiziert sie eine schier einmalige, integrative Flüchtlingspolitik. So erhalten die Geflüchteten bei ihrer Ankunft eine Parzelle von 30 mal 30 Metern, darauf können sie ackern und siedeln – und sie dürfen bleiben, so lange sie wollen. Über diese «Willkommenskultur» wurde weltweit viel berichtet, anfänglich sehr zur Freude der ugandischen Regierung und der Entwicklungsorganisationen. Nun aber beginnt man sich zu sorgen. Denn für das vergangene Jahr wurde nur knapp ein Drittel der von der UN budgetierten Gelder zugesagt, was die Hilfe vor Ort massiv gefährdet. Gewiss gibt es dafür viele Gründe, doch Vertreter



Bild: Klaus Petrus

von Hilfsorganisationen sind sich auch sicher: Ugandas Flüchtlingspolitik sei derart positiv, sodass am Ende alle glauben, es gebe hier gar keine Flüchtlingskrise. Sollten sie damit Recht

haben, hätte das für die Vertriebenen freilich schwerwiegende Folgen. Wo angeblich keine Krise ist, da wird auch kein Geld fließen.

KP

Achtung, Zivilgesellschaft!

NGOs, Aktivisten, Journalisten – sie werden, wie andere Teile der weltweiten Zivilgesellschaft, so systematisch bedrängt wie nie zuvor in den vergangenen Jahren. Das berichtet der aktuelle *Atlas der Zivilgesellschaft*. Das Spektrum der Unterdrückung reicht von Drohmails bis zu Ermordungen. In nicht wenigen Fällen geht der Druck von den jeweils herrschenden Regierungen aus. Das spüren insbesondere NGOs. Sie werden mit besonders strikten Auflagen belegt, im schlimmsten Fall wird ihnen die Lizenz oder Gemeinnützigkeit entzogen. Anders als man vielleicht vermuten könnte,

gehören zu den repressiven Staaten nicht bloss Länder wie China, Russland oder die Türkei, sondern auch – wenn auch in unterschiedlichem Masse – Ungarn, Frankreich oder Grossbritannien. Um legitime Protestbewegungen zu schützen, haben unlängst Wissenschaftler deshalb vorgeschlagen, dass Organisationen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, EU-Gelder erhalten sollten. So oder so belegen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft aufs Beste, dass sie ein unentbehrliches und offenbar häufig auch effektives, kritisches Korrektiv politischer Machtsysteme sind –



Bild: Klaus Petrus

oder wie es im *Atlas der Zivilgesellschaft* heisst: «Sie sind ein Motor von sozialer und nachhaltiger Entwicklung.» KP

Physik, Ketchup – und Zukunftsmusik

Treffen zwei Körper aufeinander, kommt die Physik ins Spiel. Fährt ein Auto mit 50 km/h und einer Masse von 1,3 t in einen gehenden Menschen (70 kg, 5 km/h), so sagt uns der Impulssatz unter der Annahme eines elastischen Stosses (Mensch und Auto aus Gummi), dass das Auto nach dem Aufprall mit über 45 km/h seinen Weg wenig beeindruckt fortsetzt, das Menschlein aber mit mehr als 90 km/h fortfliegt. Das mag bei komplett elastischen Stössen Spass machen, da hier keine Energie in Deformationen (= Verletzungen) umgewandelt wird.

Leider ist weder das Auto noch der Mensch ein Gummiball. Wir beobachten in der Realität eher einen komplett unelastischen Stoss, bei dem Auto und Mensch nach dem Auf-

prall aneinanderkleben und gemeinsam den Weg fortsetzen. Im obigen Beispiel wäre die gemeinsame Endgeschwindigkeit nahezu 48 km/h. Das Auto setzt seinen Weg wiederum ungerührt fort. Aber die Deformationsenergie ist beträchtlich: 67 253 Joule. Mit dieser Energie könnte man fast 6,71 Tonnen Tomaten 1 m hochheben.

Will man Ketchup vermeiden, also die Vision Zero (Strassenverkehr ohne Tote und Schwerverletzte) umsetzen, muss der Impuls (Masse mal Geschwindigkeit) des Autos nahe null sein. Das heisst, entweder schaffen wir Autos ganz ab ($m = 0$ kg), oder wir führen ein generelles Fahrverbot ($v = 0$ km/h) ein. Beides für mich persönlich akzeptable Varianten. Ganz stimmt diese Schlussfolgerung natürlich nicht, da im

Verkehr vor dem Zusammenstoss normalerweise gebremst wird. Die Länge des Bremsweges wird durch Reaktionszeit und Anfangsgeschwindigkeit bestimmt. An der Stelle, an der ein Fahrzeug mit Tempo 50 aufgrund der Reaktionszeit ungebremst auf ein Hindernis aufprallt, steht ein Fahrzeug, das mit Tempo 30 fuhr, bereits still. Also sollten wir entweder die Reaktionszeit minimieren, indem wir autonome Fahrzeuge einsetzen, oder die Geschwindigkeit drastisch verringern. Also Tempo 20 oder 30 in Siedlungsgebieten. Ersteres ist noch Zukunftsmusik, Letzteres sinnvoll und sehr gemütlich. Diese Entschleunigung würde uns allen, auch den Autofahrenden, guttun.

Hanspeter Kunz, Vizepräsident umverkehrR.
www.umverkehr.ch

Globale Bewegungsfreiheit – zu welchem Preis?

Für Sie und mich ist es selbstverständlich, von Bern nach Zürich zu reisen. Wir haben das Recht, uns im eigenen Land zu bewegen, wie wir wollen. Ein wenig umständlicher wird es, sollten wir uns entscheiden, in ein anderes Land einzuwandern. Dann müssen wir bürokratische Hürden nehmen, die beschwerlich sind und uns in die Rolle von Bittstellenden zwingen. Andreas Cassee, ein Philosoph an der Universität Bern, möchte das ändern. Er plädiert für globale Bewegungsfreiheit: Wir alle sollten frei entscheiden dürfen, wo wir leben möchten, egal, wo wir geboren wurden oder welche Staatsbürgerschaft wir besitzen.

Für Cassee sprechen dafür nicht primär völkerrechtliche Gründe, sondern moralische Überlegungen. Immerhin sei es purer Zufall, wo und unter welchen sozialen Bedingungen wir geboren wurden. Zudem seien die heute gültigen Einwanderungsbeschränkungen «eklatant ungerecht». Erstens würden sie der Vorstellung individueller Freiheit widersprechen, und zweitens hindern sie viele Menschen daran, Länder mit besseren ökonomischen Möglichkeiten zu wählen. Dabei ist sich Cassee bewusst, dass seine Idee unter derzeitigen Bedingungen noch utopisch anmuten mag – und auch viele Fragen aufwirft. So etwa, ob die plötzliche Ein-

wanderung in sogenannte Wohlstandsländer nicht zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung führen werde oder was mit dem Sozialstaat in diesen Ländern passieren würde. Cassee ist um Antworten auf Fragen dieser Art nicht verlegen, am Ende geht es ihm aber darum, dass wir vorgefasste Denk- und Handlungsmuster hinterfragen und an der Umsetzung der Vision einer gerechteren Welt arbeiten. Die Freiheit, überall hingehen zu dürfen, gehört gewiss dazu. KP

Andreas Cassee: Globale Bewegungsfreiheit,
Frankfurt a. M. 2016, CHF 19.90

Initiative für Rückverteilung

Die Umverteilung von unten nach oben ist ein epochales Problem. Wenn Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden, endet dies früher oder später in Krieg, Revolution oder Diktatur.

2016 betrug die gesamte Lohnsumme der Schweiz gemäss AHV-Statistik rund 300 Mrd. Franken. Die Kapitaleinkommen lagen bei 123,5 Mrd. (Zahlungsbilanz und Auslandvermögen der Schweiz 2016, SNB), d.h. bei gut 40 Prozent der Löhne. Davon wird allerdings nur ein Teil an Privatpersonen ausgeschüttet. 2013 waren es 75 Mrd.

Ein substantieller Teil der im Inland erzielten Kapitaleinkommen (z.B. Zinserträge, Dividenden, Mieteinnahmen) muss von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftet werden, durch Lohnverzicht, teurere Produkte, überhöhte Mieten etc.

Einen Teil dieser Umverteilung von unten nach oben will die im Herbst lancierte sogenannte 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten durch Steuern wieder den Lohnempfängern zurückführen. Konkret sollen Kapitaleinkommen anderthalb mal so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Die Initianten rechnen mit zusätzlichen Steuererträgen von fünf bis zehn Milliarden, die für Steuermässigungen für Menschen mit tieferen Arbeitseinkommen oder für soziale Wohlfahrt eingesetzt werden sollen. Auch Kapitalgewinne (Wertsteigerungen von Anlagen) im Umfang von rund 19 Mrd. jährlich bleiben steuerfrei. Eine «konsequente Rückverteilung» ist das nicht, wie die Jusos behaupten, aber ein Schritt in die richtige Richtung. CP

<https://99prozent.ch> • Siehe Unterschriftenkarte auf Seite 42



2. Friedens-Symposium
13.–16. September 2018
im Kientalerhof
frieden.kientalerhof.ch

Gemeinsam Raum für
Frieden schaffen

Kientalerhof
We. from. Life



Stiftung für integrale
Friedensförderung

**WO GEHT ES HIER
ZUM FRIEDEN?**

Die Welt...

...anders entdecken.

SCI Schweiz
Volunteering for Peace

Freiwilligeneinsätze
weltweit!

scich.org